

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

13. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 14. März 1905.

№ 30.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Die in unserm Organe gegenwärtig geführte Generalversammlungsdiskussion nimmt den Raum des „Corr.“ derartig in Anspruch, daß manches andre zurückstehen muß. Auch die nachfolgenden Ausführungen sollten der Gewerkschaftsübersicht vom Januar angehängt werden; da dies jedoch nicht zu ermöglichen war, weil den Kritikern aus Mitgliederkreisen zur Generalversammlung der Vorrang gelassen werden muß, so wollen sich diejenigen Leser, welche unsere Meinung über die nachstehend behandelten Fragen gern früher vernommen hätten, für besriedigt erklären, wenn selbige erst der Februarübersicht vorangestellt werden.

Die gewaltigen gewerkschaftlichen und politisch-wirtschaftlichen Kämpfe in den Monaten Januar und Februar in Deutschland, Belgien, Rußland und Italien machen es nötig, daß auch der „Corr.“ diese Aktionen nicht nur referierend behandelt, sondern denselben ebenfalls eine kritische Beleuchtung zuteil werden läßt, um sie auf ihre Nutzenanwendung für die gewerkschaftliche Taktik zu prüfen, denn ein jeder größere Kampf zeitigt immer genügend Lehren, die entweder die bisherige Strategie als bewährt erscheinen lassen, oder aber unserer Gewerkschaftspolitik neue Bahnen eröffnen. Das ist beim Völkerrkriege, das ist beim politischen und das ist auch beim wirtschaftlichen Kampfe so. Und gerade bei letzteren, der permanenten und intensivsten und deshalb schwierigsten Kriegsführung, fallen die gemachten Erfahrungen wohl am schwersten in die Waagschale. Aber nirgend werden die gewonnenen Lehren so wenig fruktifiziert, werden sie so schnell verzessen als bei der gewerkschaftlichen Aktion, die doch am ehesten durch ihren evolutionären Charakter geeignet ist, revolutionierend in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter einzugreifen. Doch leider ist dem so; die aus einem großen Auslande resultierende Erkenntnis wird selten und in ihrer ganzen Tiefe erfaßt und nutzbringend verwertet, weil sich eben oftmals Leute mit falschen Bistitenkarten einschleichen — und zwar von hüben wie von drüben —, die, mit dem ganzen Eigensinne der Prinzipienreiterei ausgestattet, nur die Herrschaft der Theorie maßgebend sein lassen wollen. Daß solche Zustände obwalten, kann nicht bestritten werden, daß dieselben der Gewerkschaftsbewegung sonderlich förderlich sind, kann aber noch weniger fraglich sein. Wichtig ist nur das eine: es liegt an den Gewerkschaften selbst, die denselben oftmals zugemutete Ausföhrung der Echteren Springprosektion ebenso höflich wie entschieden abzulehnen.

Die im Januar und Februar geföhrten **Bergarbeiterkämpfe** in Rußland, in Oberschlesien und Belgien geben nicht nur viel zu raten auf, sondern erbringen für unsere einleitenden Erwägungen auch treffende Belege. Es ist bei den gegenwärtigen Raumverhältnissen des „Corr.“ natürlich ganz unmöglich, diese wie auch die anderen für unsere Betrachtungen in Frage kommenden Kämpfe in Detailmalerei zu schildern. Wer den „Corr.“ aufmerksam verfolgt hat, ist ja auch durch die ständige Berichterstattung speziell über den Streik der Ruhrbergleute (über 1000 Zeilen, verehrliche Neubabelsberger Protokolle!) hinreichend informiert.

Die Frage, ob sich der Generalstreik der Ruhrbergleute hätte vermeiden lassen, ist grundlegend für die ganze Beurteilung dieses Riesenkampfes, wie Deutschland noch keinen vordem erlebt. Die Beerdigung zu einer derartigen Erhebung gegen ein unerkundlich gewordenes Joch, gegen die schamlos profitgierigen Kohlenwucherer, deren Sündenregister an dieser Stelle häufig genug schon aufgeschlagen wurde, steht natürlich außer allem Zweifel. Die Zweckmäßigkeit des Kampfes auf der ganzen Linie ist hingegen zu verneinen. Vor allen Dingen deshalb, weil die Grubenbarone prinzipiell auf eine derartige bewußte Eruption hingearbeitet haben. Die Kohlenlager waren ihnen zu sehr gefüllt und andererseits die Profitrate noch immer nicht hoch genug, wenn auch ein Mann vom Fache, der Abg. Wolfstein, im Reichstage erklärte, daß der Kohlenbergbau das profitabelste Unternehmen überhaupt ist. Man hat ja inzwischen schon die Bestätigung für diese Mutmaßungen erhalten: das rheinisch-westfälische Kohlenhydritat hat einen Preisaußschlag beschloffen, der diesen armen Jappern die Meinigkeit von 24 Millionen Mark im Jahre einbringen

wird. Das schlechte Kohlenhydritat hat ebenfalls die Ankündigung des neuen Berggesetzes mit der Drohung einer Preiserhöhung beantwortet, obwohl es selbst zugibt, über die Höhe der „neuen Lasten“ noch keine Ahnung zu haben. Daß der Bergbauliche Verein die Bestimmungen der neuen Berggesetze, die ihm selbstverständlich auch noch ein böhmisches Dorf sind, bereits für unburchführbar erklärte, ganz besonders eine etwaige 15prozentige Lohnerhöhung, versteht sich am Rande. Von diesem Standpunkte aus betrachtet war der Bergarbeiterstreik an der Ruhr ein total verfehlt, denn seine Wirkungen sind eine Schädigung der Konsumenten. Doch wir machen uns diese in Unternehmer- und in Spießbürgerkreisen weit verbreitete Ansicht nicht zu eigen; wir kämen damit ja nur auf die schiefe Ebene, auf welche der große Streiktaktiker W. Dünkel geraten ist, dessen famose Gedanken- spaziergänge über „Grenzen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ in der „Leipziger Volkszeitung“ uns noch später, wenn die Hochzeit der Generalversammlungs- diskussion sich verlaufen, bestens unterhalten werden.

Aber auch vom gewerkschafts-strategischen Standpunkte aus läßt sich dieser Generalstreik nicht rechtfertigen, denn es fehlte als Vorbedingung zu einem Waffengange mit einem so geschlossenen, in vorzüglichster Position sich befindlichen Gegner die Hauptfrage: eine einige und gerüstete Bergarbeiterchaft. In vier Verbänden zerplittert und überhaupt nur zu 40 Proz. organisiert, dazu durch die zerstückte Taktik von Brunt — über dessen Verhalten während und nach dem Kampfe allgemeine Mißstimmung besteht — gegenseitig arg verfeindet, konnte diese Masse die etwa vorhandene Kampfesfreudigkeit der erfahrenen Führer nur lähmen. Und diese haben ja auch nach Kräfte gebrennt, haben alles hintangehalten, was die Verleugung in ihrem ungefühnten Tatendrange hätte noch begeistern können. Es waren auch keinerlei Vortreffungen getroffen für einen rasenden Kampf, keine Verbindungen mit dem Auslande angeknüpft usw. Mit all diesem ist der Beweis erbracht, daß die Leiter des deutschen Bergarbeiterverbandes — der hauptsächlich in Betracht kommenden Organisation — den allgemeinen Streik in Rußland nicht gewollt haben! Sie konnten ihm nicht propagieren, weil die Kampfbereitschaft der Ruhrbergleute, namentlich nach der finanziellen Seite hin, eine gar zu mangelhafte war. Warum und wie es dennoch zum Ausbruche kam, wie aller Maßnahmen der Führer und aller gewerkschaftlichen Disziplin spottend der Kampf sich wie ein rasender Steppenbrand von Beche auf Beche, von Grube zu Grube verpflanzte, ist im „Corr.“ zur Genüge geschildert worden. Die Probotaktionen der Stinnes, Thyssen und Kirdorf, die Verweigerung jeglicher Verhandlungen, jedweden Entgegenkommens brachten den Generalstreik, zeitigen aber auch ein ebendam für unmöglich gestelltes Ereignis: Die Einigung der vier Bergarbeiterorganisationen zu gemeinsamen Handeln.

Das von Volkmar angewandte Wort in Dresden: „Frei im Rat, einig in der Tat“, hatte hier eine Verwirklichung gefunden, die einfach verblüffen mußte; ganz besonders denen, welche die Neutralitätsgewerkschafterei zum Kuckuck wünschen. Warum dieselben Leute dann nachher Jeter und Morbio über die Neutralitätsgewerkschafterei schrieben, werden wir noch sehen, wenn die verehrlichen Kritiker des Bergarbeiterstreiks an der Ruhr mit ihrer Weisheit und ihren wohlgemeinten Absichten näher be- sehen werden. Ein Generalstreik von Bergarbeitern einer bestimmten Gegend war also perfekt, denn unter Tage arbeitete fast niemand; die tätigen Personen — deren Zahl, wie wohl zu niedrig angibt in den „Soz. Monatsheften“ — setzten sich aus Beamten, Arbeitswilligen, Invaliden und Jungen zusammen. 200 000 Arbeiter standen im Kampfe zusammen, geeint in der Stunde der Gefahr und unbeachtet ihrer sonstigen politischen und religiösen Grundsätze und Anschauungen. Daß eine in so und so viele Richtungen zerfallende Arbeiterchaft ein Uebel ist, haben wir stets dargetan. Diese auseinander- gehenden Teile aber zusammenzuführen zu einem großen Ganzen, kann nur unter der Voraussetzung strikter Neutralität in allen religiösen und parteipolitischen Fragen ermöglicht werden. Und selbstverständlich ist hier die Praxis der die besten Werte schaffende Faktor, die Neu-

tralitätsidee kann niemals durch die Theorie eine solche Förderung erfahren. Schon in dieser Hinsicht hätte also der Generalstreik der Ruhrbergleute viel zur Klärung beigetragen und somit indirekte Vorteile genug gebracht; es darf allerdings nicht übersehen werden, daß auch die größeren Kämpfe der Metallarbeiter und Holzarbeiter (von anderen Berufen ganz abgesehen), schon verheerend- lich ein solches Zusammengehen aufzuweisen hatten. Zieht man ferner in Betracht, daß die unorganisierten Massen durch diesen Kampf ganz gehörig aufgerüttelt wurden — der „alte“ Bergarbeiterverband soll um über 60 000, der christliche um annähernd 35 000 Mitglieder zugenommen haben —, so muß man offen zugeben: ohne die Neutralitätsbewegung wären solche dem Unternehmertume gelieferten Abwehr- und Angriffs- schichten nicht möglich gewesen. Daß die anders- organisierte Menge sich nicht mehr wie früher als Keil- treiber in die Bilanz der freien Gewerkschaften benutzen läßt, sich auch mehr und mehr aus dem Niveau unfrucht- barer Organisationspielerei heraushebt, ist hauptsächlich ein Verdienst der sogenannten Neutralitäts- fanatiker. Ehrlicherweise sei aber auch ein gebührender Teil des Erfolges dem foklierten Unternehmertume zuerkannt. Es müßte ja auch mit dem Teufel zugehen, wenn das Beispiel der untergeordnet organisierten Arbeitgeber seine Wirkung als Anschauungsunterricht ver- fehlen würde.

Allem Anscheine nach sind die beteiligten Kreise von der gemachten Probe auf das Exempel auch vollauf be- friedigt. Die beiden Hauptorganisationen werden auch in Zukunft in allen die Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen zusammengehen und damit sich wieder auf der Bahn zusammenfinden, die sie schon einmal beschriftet haben, von der sie aber leider durch Brunt wieder abge- lenkt wurden. Wenn die viel angegriffene Siebener- kommission der christliche Führer Eckert nach außen hin vertrat, so können doch nur Zweckmäßigkeitsgründe dafür maßgebend gewesen sein, die im Interesse der Sache lagen: vernünftige und mit nur einiger Praxis versichene Leute überlassen so etwas kühnlich den Betreffenden, die am besten wissen müssen, was ihnen frommt. Es ist jeden- falls von Wert, auf die Bemerkung von den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes in der Siebenerkommission, Sache und Hansmann, hinzuweisen, welche die Ge- nannten in ihrer Verteidigung des Verhaltens der Siebenerkommission im „Vorwärts“ machten. Danach hätte auch diese Seite ihrer Taktik — die gemeinsame Zentralstreikleitung und deren Grundsätze — die Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften gehabt wie auch die sozialdemokratischen Parteileitung. Letzterer Hinweis ist wohl nur so zu verstehen, daß Sache und Hue als sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sich auch hier eines Rückhaltes versichern wollten, denn eine Einwirkung bei dem Bergarbeiterkampfe ist von dieser Parteileitung wie auch früher bei anderen Ausständen nicht versucht worden. Das besorgen resp. versuchen inferiorer Elemente leider mit einer Unverfroffenheit, die einer besseren Aufgabe würdig wäre. Uebrigens will ja die Siebenerkommission nach einer Meldung des „Bochumer Volksblattes“ gegen sechs Personen Beleidigungsklage er- heben, „um den Schreibern vor Gericht Gelegenheit zu geben, sich von der Ehrenhaftigkeit der Führer zu über- zeugen, denn den Vorwurf des Verlasses, der Bestechung usw. wird die Siebenerkommission nicht auf sich sitzen lassen.“ Die von Quandel geföhrten evangelischen Arbeiterbündler haben offenen Verrat geübt, die katholischen Fachabtei- lungen und deren Organ haben die christlichen Gewerkschaftler wegen ihrer Beteiligung am Streik beschimpft, ein von den Bechenbesitzern gekauftes Ausschlußmitglied des christlichen Gewerksvereins gab ein Schmähflugblatt gegen die Ausständigen heraus, sonst aber ereignete sich nichts, was die Einigkeit und den Zusammenhalt während des Kampfes beeinträchtigt hätte; aber auch diese einzelnen Bomben aus dem Arbeiterlager verfehlen jede Wirkung.

Sind die bisher aufgeführten Momente schon geeignet, die Taktik der Bergarbeiterorganisationen im besten Lichte erscheinen zu lassen, so gewinnt die mustergültige Haltung der Streikenden die Sympathie auch wei- terer Bevölkerungsklassen im Fluge. So mancher erfah- rene Gewerkschaftler mag bange Blicke nach dem Reiche der schwarzen Diamanten gefandt haben. 1889, wo

Gendarmenrie, Infanterie und Kavallerie blutige Arbeit verrichteten, war ja noch in schlimmer Erinnerung. Sollte es wieder so kommen? Riefen die Sinnes und Konjorten auch diesmal nicht von vornherein nach Militär? Aber das kaum Glaubliche wurde Ereignis: die Disziplin dieser aus verschiedenen Richtungen sich zusammenziehenden, schlecht organisierten und obendrein von fremdem Volkselemente stark durchmischten Riesenfahr von Streikenden war trotz der provozierendsten Akte der Grubenbarone eine glänzende! Wenn bei Ausbruch des Kampfes auch nicht auf die Führer gehört wurde, sondern in der stürmischen Erregung über die Behandlungsweise der Zehendenputationen und über die Starckpfigkeit der Syndikatsherren alle Beschäftigungsversuche der Führer nichts fruchteten — jetzt während des Kampfes parierte alles den führenden Personen, die gewiß eine Riesenaufgabe zu erfüllen hatten und erfüllt haben. Die aus 600 Gendarmen und 200 Schutzleuten bestehende Hammersteinsche „ordinäre“ Polizei führte daher ein recht tatloses Dasein, und je mehr das führende Zehendenorgan in Zartennachrichten machte, je eifriger Herr Bueck vom Zentralverbande deutscher Industrieller die Zeitungen mit telegraphischen Mitteilungen über Bedrohungen und Mißhandlungen Arbeitswilliger überhäufte, um so ruhiger war es im Streikgebiete. Wie Pofadowsky diese Schwindelmachtigen im Reichstage energisch aufbaute, wie selbst der Handelsminister Möller diese Akttaden auf die öffentliche Meinung entschieden abschlug, das will in seiner Bedeutung richtig verstanden sein! Noch dazu, da Bülow anfänglich nichts Besseres zu tun wußte, als die deutschen Gewerkschaften gründlich abzuwischen und einmal sehr kräftig mit seinen Fußstapfen aufzutreten. Bei der vorjährigen Wünderparade im Zirkus Busch wurde zwar unsern schönrednerischen Reichstangler schon einmal der Nat erkreit, er solle Kavallerieparade anziehen, aber der geschmeidige Büchmannswehner wollte es nicht seinem berühmten Vorbilde nachmachen. Beim Ruhrbergarbeiterstreik mochte er sich aber dieses Agrarierates entziehen und versuchte es daher einmal mit seinen Ohristenlaststiefeln. Aber es bekam ihm sehr schlecht, dieses Debut mißglückte total; der Reichstangler holte sich einen vollenbenden Keimfall, den später sein hilfsbereiter Kollege Pofadowsky nach Möglichkeit zu beschönigen versuchte. Daß das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine dem Reichstangler eine sehr kluge und unparteiische Stellungnahme beim Bergarbeiterstreik nachrichtete, die auch gerecht den Arbeitern gegenüber gewesen, ist uns deshalb wirklich nicht verständlich. Wir fragen also: Hat der Generallstreik der Ruhrbergleute auch in dieser Beziehung nicht der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen sehr großen Dienst erwiesen, hat diese eiserne Disziplin und Selbstucht nicht imponierend auf die Regierung und das Bürgertum gewirkt?

Das Verhalten der Zehendenbesitzer gab allerdings der allgemeinen Sympathie für die Streikenden erst den richtigen Resonanzboden. Nicht daß die spekulativen Kohlenwucherer die Beschwerden der Bergarbeiter nicht als berechtigt und deren Forderungen nicht als gerechtfertigt gelten lassen wollten (schon dem Hasse den Boden aus, sondern ihre brüste Abweisung aller Verhandlungen mit den Streikenden, die Nichtanererkennung der Arbeitervertretung und die geradezu höhnvolle Behandlung der Regierungskommissare setze diese Kapitalautokraten total ins Unrecht und brängte alles auf die Seite der Ausständigen. Die Verhandlungen im preussischen Landtage, vor allem aber das dreitägige Hochgericht des Reichstages bedeuten einen Wendepunkt in der Geschichte des Fabrikfeudalismus und den endgültigen Umschwung in der Auffassung über die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Kapitalmacht in den Händen Weniger, die durch das profitwütige Zehendenstilllegen und die Hiberniaaffäre ohnehin schon die öffentliche Meinung stark gegen sich eingeeinnont hatten. Man muß sich der Worte erinnern, welche der deutsche Kaiser im Jahre 1889 an Dr. Hamman und die anderen Grubendirektoren richtete: „Wenn die Herren der Ansicht sind, daß die von mir gehörnten Deputierten (die sogenannten Kaiserdeputierten. Red.) nicht die maßgebenden Vertreter der Kreise, die dort streiken, wären, so macht das nichts aus. Wenn sie auch nur einen Teil der Arbeiter hinter sich haben und die Meinung wiedergeben, die in ihren Kreisen besteht, so wird doch immer der moralische Versuch der Verständigung von hohem Werte sein.“ Der Kaiser erkannte also die Bergarbeiterdeputierten Schröder und Wesenoffen ohne weiteres als Vertreter der Streikenden an, die Kirdorf, Thyssen, Stinnes, Engel aber kennen nur den Herrenstandpunkt, für den es keine Gewerkschaftsorganisationen oder keine kombinierte Arbeitervertretung gibt. Nicht einmal das Beispiel eines Kaisers vermag ihnen zu imponieren, wie ja auch der Oberkammerherr Kirdorf einem Minister seines Königs ganz trocken erklärte: Sie imponieren mir noch lange nicht! Besser konnte es gar nicht kommen, um jene Selbstherrscher von Geldsackgnaden in aller Mächtigkeit zu zerschlagen.

Die Unterstützungssaktion für die kämpfenden Bergleute gestaltete sich daher auch so allgemein wie noch bei keinem vorausgegangenen größeren Kampfe, das Beispiel der Crimmischauer Ausperrung konnte dagegen gar nicht mehr aufkommen. Daß, wie von verschiedenen Seiten erwartet wurde, das Bürgertum es nun gleich der kämpferischen Arbeiterschaft hätte nachzutun müssen, war nicht anzunehmen. Die Opferfreudigkeit der englischen Bourgeoisie ist auch nicht über Nacht erloschen. Was getan worden ist, bleibt doch gewiß anzuerkennen; denn daß Stadtverordnetenversammlungen Welcher für streikende

Gewerkschaftler bewilligten, Professoren Aufrufe zu ihren gunsten erließen und selbst Staatsanwälte diesem Rufe folgten, daß geistliche Würdenträger Gaben spendeten und Künstler von hervorragender Bedeutung Konzerte für die gegen Kapitalisproben sich aufsehenden Bergleute veranstalteten, hat gewiß kein Gleichnis in Deutschland. Ehedem rückte vielmehr alles von den Streikenden weit ab; da waren es staatsfürernde Sozialdemokraten, Menschen der gefährlichsten Sorte usw. Jetzt aber unterfückte man einen gewerkschaftlichen Kampf ideell und materiell! Diese grundveränderte Auffassung in den weitesten Schichten der bürgerlichen Kreise kann nicht übersehen, sie kann nur unterschätzt werden. Selbstverständlich leistete die gewerkschaftlich als auch die politisch organisierte Arbeiterschaft das Bewundernswürdigste. Daß der sozialdemokratische Parteivorstand auch sofort mit einem Aufrufe und einer größeren Summe kam, war man früher ebenfalls nicht gewöhnt. Sue führte in einer vor etwa vierzehn Tagen in Bochum abgehaltenen Versammlung aus, daß beim deutschen Bergarbeiterverbande 1.400.000 Mark, gleich 23 Mk. pro Mitglied, eingegangen seien, beim christlichen Gewerksvereine 259.000 Mk. oder 6,50 Mk. und beim polnischen 8000 Mk. oder 80 Pf. pro Mitglied. Daraus ist wohl ersichtlich, welchen Opfermut gerade die Arbeiterschaft an den Tag legte, denn die 1.400.000 Mk. stammen wohl zum sehr großen Teile von Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Erzelenz, der Hirsch-Dundersche Führer in Düsseldorf, macht jetzt allerdings in einer Tageszeitung darauf aufmerksam, daß die Gelder auch aus bürgerlichen Kreisen meist an die Hornische Wirtse gelangt seien, so daß also der Bergarbeiterverband, weil keine Umrechnung durch die Siebenerkommission stattfand, unverhältnismäßig gut fortkam. Wir wollen diese Meinung nur registrieren, weil die Hauptsache — das gegenseitige Vertragen der Verbände mit Geld — von keiner Seite bestritten wird. Das Ausland versagte mit seiner Unterstützungssaktion aber fast vollständig, England leistete noch am meisten; die ohnehin über ihre Internationale schlecht zu sprechenden Bergarbeiterverbände werden nun vollends daran genug haben, wenn es nicht gründlich anders damit wird.

Die Abbrechung des Kampfes am 9. Februar, nach vierundzwanzigtägiger Dauer des Generallstreiks, war jedenfalls das schwerste, was es jemals in der Gewerkschaftsbewegung gegeben hat. Die Massen voller Hoffnung auf Sieg, ja ermutigt noch in dieser Erwartung durch einen ziemlich allgemeinen Streik der belgischen Bergleute — die Kassen aber leer, das viele Geld gleich nur dem Tropfen auf den heißen Stein. Zwei Millionen Mark wöchentlich lassen sich einfach nicht aufbringen, wenigstens auf absehbare Zeit in Deutschland noch nicht. Wenn den Bergleuten nicht das famose Lohnsystem; daß sie bis vier Wochen nachher erst ihren Verdienst erhalten sowie die Unterstützung der Bürgerschaft des Ruhrgebietes in Naturalien zu Hilfe gekommen wäre, hätte der Generallstreik ein viel früheres Ende erfahren, denn ohne Geld läßt sich kein Widerstand leisten und läßt sich auch kein Gewerkschaftskrieg führen. Ein Mann, der die Behauptung aufstellt, es hätte auch ohne Geld weiter gekämpft werden müssen. In Vorbeik fand jedenfalls die stürmischste Protestversammlung gegen den Abbruch des Streiks statt. Das blödsinnigste Zeug wurde vorgebracht gegen die Führer, die Masse in einen förmlichen Taumel versetzt und selbstverständlich die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. Nach der Versammlung rannten die Hauptschreier aber sofort nach den Zehenden und erboten sich zur Arbeit, die Teilnehmer der Versammlung natürlich hinterbrein, so daß am anderen Tage sich Tausende zur Fortsetzung des Generallstreiks — auf den Zehenden einjandten! Die Leute hatten sich am Morgen tags zuvor in der Versammlung auch noch die Abwegung der alten und die Wahl einer neuen, kampfesfreudigeren Streikkommission geleistet. Das genügt wohl! Der Streik mußte also abgebrochen werden wegen Mangel an Mitteln. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser schwere Augenblick nicht hinausgeschoben werden konnte, bis die Desorganisation, eine allgemeine Fabrikstucht eingerissen wäre, sondern das mußte geschehen, als die Kadres noch geschlossen waren. Daß anderenfalls eine fürchterliche Deroute Platz gegriffen hätte, versteht die „Bergarbeiter-Zeitung“ offen ein. Um so besser, daß man in entscheidenden Momenten den Mut zu dem schwereren Schritte der Streikaufhebung fand.

Die wirtschaftlichen Wirkungen dieses Riesensstreiks sind ganz enorme. Da auch andere Arbeiterkategorien durch ihn in Mitleidenschaft gezogen wurden, so läßt sich als Zahl der vom Streik in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigten Personen eine Million annehmen. Der Lohnansfall der Bergarbeiter allein wird vom „Reichsarbeitsblatte“ mit 16 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch bezeichnet; der Betrag, den diese Arbeitermasse für ihre Lebenshaltung weniger ausgeben konnte, dürfte zwischen 13 bis 14 Millionen Mark differieren. Die Kohlenbarone haben eine wüdenstliche Mindereinnahme von 10 Millionen Mark gehabt, von denen allerdings die nichtgezählten Löhne noch in Abzug zu bringen wären. Die Verluste an Eisenbahnfracht werden auf nicht weniger als täglich 450.000 Mk. geschätzt. Schon daran läßt sich erkennen, welche ungeheure Bedeutung dieser Bergarbeiterstreik gehabt hat.

Haben die Ruhrbergleute nun einen erfolgreichen Kampf geführt oder haben sie eine Niederlage erlitten? Wenn man das Resultat eines Streiks nur danach beurteilt, ob sämtliche Forderungen

durchgedrückt und die Unternehmer in aller Form sich als Besiegte erklären, dann hat die Arbeiterschaft allerdings mit dem Generallstreik an der Ruhr keinen Sieg zu verzeichnen. Aber solche Siege werden auch fast nie errungen; wenn es zum Friedensschlusse kommt, kommt es meistens auch zu Konzessionen von beiden Seiten. Wir erinnern uns, daß dieses Entgegenkommen von Arbeiterseite schon manchmal so groß war, daß von einem Erfolge ihrerseits nicht gut geredet werden konnte, und doch hieß es dann: mit einem schönen Siege für die Arbeiter usw. Ja, offensbare Niederlagen der Arbeiter werden oftmals als ein Unterliegen der Unternehmer hingestellt; die Redensart von einem Pyrrhusiege der Unternehmer findet eben nur zu oft mißbräuchliche Anwendung in der Arbeiterpresse. Es soll jedoch nicht bestritten werden, daß manchmal ein Kern von Wahrheit darin steckt, niemals aber in der gewöhnlichen Verallgemeinerung. Der Schwerpunkt liegt hier unserm Erachtens darin, daß trotz dieses Massenauftretens — von einer Gesamtbeschäftigung von 268.256 Mann mindestens 200.000; die Weiterarbeitenden waren, mit Ausnahme der auf Anordnung der Streikleitung auf den still zu legenden Zehenden Tätigen, fast ausschließlich Ueberarbeitete — die Syndikatsherren nicht ein Jota von ihrem Herrenstandpunkte abwichen. Kein Verhandeln, keine Anerkennung und kein Paktieren mit den Gewerkschaften der Bergleute war und blieb trotz des tosenden Schladtenlärmes ihre Lösung. Daß dieses bis auf die Knochen reaktionäre Prinzip der Fabrikfeudalen, das in unsre Zeit ebenso gut hineinpaßt wie der autokratische Staat, nicht durch den Frontenkampf gebrochen werden konnte, ist für uns tatsächlich das Bedauerlichste an dem Ausgange dieses gewaltigen Ringens.

Die Ruhrbergleute haben aber dennoch einen tatsächlichen Sieg davongetragen. Das am sichersten in solchen Fragen funktionierende Barometer sind unstreitig die eigentlichen Unternehmerorgane. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ schreibt nun:

„Die Arbeiter sind dementsprechend nicht die Besiegten, sondern die Sieger; sie sind zwar mit milden Worten aufgefordert worden, nunmehr die Streittag zu begeben und wieder zur Arbeit zurückzukehren, aber ihre Führer werden sich zur Wenige bewußt sein, daß es ihnen trotz der Gesehwidrigkeit ihres Vorgehens gelungen ist, die Regierungsgewalt zur Berücksichtigung ihrer Forderungen zu zwingen: es ist ein Präzedenzfall dafür geschaffen, daß die Staatsgewalt dem sozialen Zuge der Zeit sogar über die Verpflichtung hinaus Konzessionen macht, unter allen Umständen für die Integrität der Grundlagen des öffentlichen Rechtes Sorge zu tragen. Um so schlimmer, wenn sie damit in den Spuren derer wandelte, die von vornherein in höchst partieller Weise und ohne die geringste Kenntnis der treibenden Ursachen jeder Bewegung zugunsten der Ausständigen öffentlich zu plädieren sich gemüßigt fanden!“ Und das offizielle Organ des Verbandes deutscher Industrieller, die „Deutsche Industriezeitung“, läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Und doch hat der Aufruf der Siebenerkommission der Ausständigen Recht, wenn er behauptet, daß der Zustand ihnen Erfolg gebracht habe. Aus unklaren Stimmungen und nicht genügender Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse heraus stellte sich die öffentliche Meinung in schwoifer Weise auf die Seite der Streikenden; die im allgemeinen gute Disziplin, welche die Ausständigen gehalten haben, hat diese Sympathie vermehrt, und die Rücksicht auf die Stimmung der Wählermassen hat im Abgeordnetenhause und im verklärten Maße dann im Reichstage zu Aktionen zugunsten der Streikenden geführt.“

Und so ist es auch. Wo gibt es ein Beispiel aus der Geschichte Deutschlands, daß eine Regierung, welche seit Jahren dem tolen Treiben der Kohlenbarone trotz aller Warnungen und parlamentarischen Reden ruhig zugehört hat, die beim Ausbruche des Kampfes dann die Beschwerden der Arbeiter für unbegründet, ihre Forderungen für übertrieben erklärte und ihr Vorgehen als Kontraktbruch bezeichnete, daß eine solche Regierung dem Drucke der öffentlichen Meinung (welche die Bergleute sich ja auch erst erobern mußten) zum erstenmale in aller Form nachgibt und gegen die autokratischen Zehendenbesitzer Stellung nimmt und für die „sozialdemokratischen“, „christlichen“, Hirsch-Dunderschen und polnischen „kontraktbrüchigen“ Bergarbeitergewerkschaftler eintritt? Das steht einzig da! Bisher war immer das strickestge Gegenteil der Fall.

Die Bergarbeiter, welche durch ihre öffentlich und in den Parlamenten vorgebrachten Klagen schon eine Aenderung des Verrechtes in bezug auf das Zehendenstilllegen in Fuß gebracht hatten, haben also auch erreicht, daß die preussische Regierung eine Vergesehnovelle einbringt (am 8. März geschehen), welche die Anerkennung eines Teiles ihrer Forderungen entfällt — siehe darüber unser Rundschau in nächster Nummer — den Bergleuten nachträglich also die Früchte ihres Kampfes bringen soll. Wenn diese zweite Vergesehnovelle in ihrer Vorlage nicht den Wünschen der Bergarbeiter entspricht, so werden sie sofort wieder die Öffentlichkeit für sich haben, um mit Hochdruck auf eine Verbesserung einzuwirken. Der Seffel des Herrn Möller wackelt ohnehin bedenklich, sein Inhaber könnte doch zu Falle kommen. Uebrigens geht das Gerücht von der Einbringung noch einer dritten Novelle. Und wenn jetzt auch Gerüchte kommen — sie sind noch unkontrollierbar — von vermehrten Maßregelungen

im Ruhrgebiete, so kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß die Organisationen der Bergarbeiter nicht geschwächt, sondern gewaltig gestärkt sind, obwohl immer das Gegenteil nach einem nicht vollgültigen Siege einzutreten pflegt. Es kann nicht bestritten werden, daß die Verbände mit allem Eifer daran sind, die Unorganisierten noch mehr heranzuziehen und die Organisationen selbst auszubauen. In guter Formation befindlich, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, die Regierung gegen die Kirchof und Genossen sehr eingenommen, können die Ruhrbergleute mit den erzielten Erfolgen doch wohl zufrieden sein, können die deutschen Gewerkschaften mit Stolz auf das Resultat eines Kampfes blicken, das sie mit einem hörbaren Rufe in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gestellt hat, können alle Gewerkschaftler die Richtigkeit des im „Corr.“ immer gepredigten Grundgedanges erkennen, daß nur unbedingte Neutralität in der Gewerkschaftsbewegung die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft zu fördern und zu heben vermag!

In den vorausgegangenen Darlegungen sagten wir schon, daß auch bei diesem Kampfe sich wieder Leute mit falschen Bissentarten eingeschlichen haben. Eine Kategorie dieser Unberufenen haben wir bereits abgetan, die andre, buntschädigere Art der Kritiker des Bergarbeiterausstandes, soll nun folgen.

Die Schuld an dem Ausbruche des Generalstreiks wird von der Leitung des sogenannten alten Verbandes ziemlich unverblümt den sozialdemokratischen Parteiorganen, „Dortmunder Arbeiterzeitg.“ und „Bodumer Volksblatt“ zugeschoben. Diese sollen, namentlich erstere, das Möglichste getan haben, daß die anfänglichen Ausstände nicht lokalisiert blieben. Von dieser angegriffenen Seite aus wird hingegen behauptet, die Leitung des Bergarbeiterverbandes habe durch die Art ihrer Agitation dem Kampfe den Boden bereitet. Daß diese Ansicht auch bei den Schafmachern die verbreitetste ist, kann nicht bezweifelt werden, denn die Köhnenbarone sehen in jeglicher gewerkschaftlichen Betätigung nur die Organisierung von Streiks, ja der Chefredakteur der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Herr von Reibitz, erblickt sogar in jedem Einzelstreik, müge er auch noch so unbedeutend sein, das erste Wetterleuchten eines Generalstreiks, und nach dem selbigen Putzfeuer lauert hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“. Es ist deshalb gewiß vernehmlich, daß nun die Oberstimme des Kritikertrios Hähnisch-Düwelle-Dittkamp (Redaktion der „Dortmunder Arbeiterzeitung“) so wertwürdig harmonisch zusammenkunft mit den aus dem Schafmacherverdränger dringenden Tönen. Aber auch verschiedene Zentrumsblätter haben in dieselbe Kerbe gehauen, allen voran die „Rheinische Volksstimme“; der Abgeordnete Brust war natürlich auch mit von der Partie. Man braucht in manchen Punkten nicht einverstanden zu sein mit der Taktik der Führer Sasse und Hue (merkwürdiger Zufall: im „Zentralblatte der christlichen Gewerkschaften“ spricht F. Z. — Janny Zule? — von einer raffinierten Taktik und die „Leipziger Volkszeitung“ — ebenfalls nach dem Streik — von einer überprüflichen Taktik!); man muß aber offen und ehrlich anerkennen, daß es ihrem Systeme gelungen ist, nachdem nun einmal der Kampf unvermeidlich war — den einzig und allein die Zehnenbarone mit ihren Provokationen auf dem Gewissen haben — die Bergarbeiterbewegung um ein Jahrzehnt vorwärts zu bringen. Sie konnten und durften diesen Riesenkampf nicht propagieren, weil ihnen als einsichtige Führer die ganze Schwäche der Organisation offenbar war, sie durften auf ihn nicht losarbeiten, weil die deutsche Arbeiterschaft eine beratende Belastungsprobe nicht auszuhalten vermog (die Leitung der deutschen Gewerkschaften wird über den Ausbruch des Generalstreiks sicherlich die wenigste Freude empfunden haben!) und sie haben ihn auch nicht vorbereitet, weil sie eingestandenemmaßen mit einer Niederlage und mit noch schlimmeren der Zertrümmerung der Organisation, rechneten. Wenn die Führer des Bergarbeiterverbandes auf die parlamentarische, die politische Aktion von Anfang an großen Nachdruck legten, so war das durchaus richtig — das Zentrum hat ja daselbe getan —, denn eine wirkliche Besserung der Zustände im Bergbau kann nur von Gesetzes wegen eintreten. Dieses Einsehen der gerade in sozialen Fragen schwerfällige Staatsmaschinerie hat aber zur Voraussetzung eine äußerst intensive gewerkschaftliche Betätigung, ohne diesen Reiznanzbanden sind alle Reden im Wallotthause oder den Einzelparlamenten rein für die Katz. Das trifft auf die Bergarbeiter wie auf jede andre Arbeiterkategorie gleichermaßen zu. Also die Agitation und Organisationsarbeit des Bergarbeiterverbandes als Ursache des Riesenkampfes an der Ruhr bezeichnen, heißt jede gewerkschaftliche Tätigkeit verurteilen, denn im äußersten Falle läuft dieselbe doch immer auf den Streik hinaus.

Der plötzliche Abbruch des Generalstreiks hat manche Gemüter bis zur Siedehitze gebracht; die Redakteure Hähnisch und Düwelle in Dortmund taten sich in der Parteipresse, Redakteur Dittkamp-Essen und andere Leute an Ort und Stelle gütlich. Düwelle, der seine freie Zeit bis zu einem Strafantritte, dem er sich zwecks Erholung einige Wochen zu entschießen wußte, dazu benutzte, ein halbes Duzend sozialdemokratischer Tageszeitungen mit seinen voreiligen Urteilen über das Resultat des Kampfes zu überflutieren — diese Massenabfütterung, noch dazu

von einer Seite, die mit Führern des Bergarbeiterkampfes stark verfeindet ist, dünkt uns überhaupt ein großes Uebel! — ging diesem Fährnisse voran und Konrad Hähnisch folgte als zweiter, verstand aber das Metier der öden Kritikererei, die von keines Gebantens Blässe angekränkt ist, noch besser. Wie wissen nicht, auf wen von dem genannten Trifolium der Vorwurf Hues in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Romisch muß es darum wirken, wenn ein Kritiker, der selbst noch nicht einmal den kleinsten Streik aktiv mitmachte, über die Generalstreikführer Kübel voll Vorwürfe und ewige Streiklehren gießt“, abzielt; liest man aber die Ergüsse von Hähnisch und Düwelle, dann kann es einen einigermaßen erfahrenen Gewerkschaftler förmlich schütteln. Es ist schon gesagt worden, daß allein der Mangel an Geld die Aufhebung des Kampfes notwendig machte; der moralische Erfolg war in dem Augenblicke schon außer Zweifel. Die Massen ohne Unterstützung zusammenhalten zu wollen, ist einfach lachhaft. Schon bei der ersten Auszahlung gab es ganz häßliche Auftritte. Die Herren Unorganisierten waren die Unterstützung erregt wieder den Auszahlern hin, weil sie für so ein paar Kröten nicht mittun wollten! Diese Herrschaften — wir meinen natürlich nur damit den großmäuligen Teil der Unorganisierten — waren es ja auch, welche in den stürmischen Versammlungen nach der Streikaufhebung das große Wort führten, von aus Amerika gekommenen fünf Millionen und von England angebotenen zehn Millionen Mark redeten und andern Unsinns mehr. Wer bisher noch der Ansicht lebte — und ihrer sind nicht wenige — daß ein Generalstreik ohne die nötigen finanziellen Mittel geführt werden kann, dem muß der allgemeine Auszustand der Ruhrbergleute eine heilsame Lehre geworden sein. Das russische Beispiel weist gar nichts — wir kommen noch darauf zu sprechen —, Tatsache ist: wenn kein Geld mehr vorhanden, bricht jeder Streik zusammen. Die Streiks in Oberösterreich waren auch keine Rettung, vielmehr Ballast, und von vornherein aussichtslos; der belgische Generalstreik konnte ebenso wenig Hilfe bringen, weil zu spät angefangen. Jetzt verblüht derselbe und auch dort wird nun die letzte Hoffnung auf die parlamentarische Initiative gesetzt. Nein, der Kampf der Ruhrbergleute mußte, wie geschehen, auf seiner Höhe abgebrochen und nicht wie 1889 die Aufhebung erst beschlossen werden, wenn ein erheblicher Teil schon wieder die Arbeit aufgenommen hat. Warum haben übrigens die verehrlichen Kritiker im vorigen Jahre nicht gegen die Beendigung des Crimmitschauer Kampfes sich ins Zeug gelegt, wo doch von einem Geldmangel nicht die Rede sein konnte? Etwas, weil die „Leipziger Volkszeitung“ — ihr jetziges Haupt sprachrohr — bzw. die Leipziger Parteileitung nicht so gänzlich passiv waren an der Erklärung jener Kapitulation?

Der anfängliche Wirrwarr nach der Aufhebung des Generalstreiks an der Ruhr ist durch Düwelle arg übertrieben worden. Daß es zu unerquicklichen Szenen kam, war einmal der allgemeinen Ueberzeugung zuzuschreiben, weiter aber durch ganz unerhörte Einmischungen der dortigen Parteiradikalen veranlaßt. Was das Verbandsorgan in dieser Beziehung schreibt, geht denn doch über die Hutsgrenze. Hat doch Dittkamp, der Essener Lokalredakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, die Kühnheit besessen, an die Zahlstellen zu telephonieren, der Generalstreik würde fortgeführt! Ueber dieses staubalbüßige Vorkommnis urteilt der von der Generalkommission mit in das Streikgebiet entsandte Zentralarbeitersekretär Robert Schmidt im „Correspondenzblatt“: „Der Bergarbeiterverband tat gut, wenn er die Einmischung übereifriger Parteigenossen zurückwies. Man muß sogar die Geduld der leitenden Personen bewundern, wenn sie sich die Einmischung eines Parteigenossen gefallen ließen, der im Gegensaße zu der Auffassung der Streikleitung die Fortführung des Streiks anordnete.“ Kein Wunder, daß da Wirrwarr entstehen und die Disziplin in die Brüche gehen mußte; in Essen war ja auch die Beschädigte bezeichnenderweise am tollsten. Nach zwei Tagen wurde jedoch auch diese Krisis überwunden; die Unorganisierten, welche sich am wildesten ergebenden, hatten, wie schon ausgeführt, trotz aller Unähnlichkeit am ersten den Weg zu den Gruben zurückgelegt. Daß bei einer so großen und nur mangelhaft geschulten Masse die wahre Situation des Streiks nicht mit Trompeten hinausgeschmettert werden konnte, leuchtet jedem ein, der auch nur den kleinsten Streik aktiv mitgemacht, Hähnisch und Genossen selbstredend nicht.

Es erstanden aber auch noch andre Kritiker. So schreibt uns nur noch einen zu nennen, befreundeterweise der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Francke: „Zwar hat die Sozialdemokratie als Partei es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, für ihre Zwecke Kapital aus dem Streik zu schlagen und den Kampf politisch zu vergiften. In der Zentrale der Partei, im Reichstage, an Ort und Stelle des Ausstandes, in der Presse und in zahlreichen Versammlungen hat man der ganzen Bewegung das Siegel sozialdemokratischer Herkunft und sozialdemokratischer Tendenz aufzudrücken versucht.“ Diese Behauptung entspricht den gegebenen Tatsachen aber denn doch nicht. Der Parteivorstand hat nur einen Aufruf zur Unterstützung erlassen, sonst aber keinerlei Beeinflussungen unternommen; Hue hat im Reichstage erklärt, nicht als Parteimann, sondern als Bergarbeiter zu sprechen, Bebel und Bümelburg behandelten den Streik auch nur als wirtschaftlichen Kampf, und selbst die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb (am 4. Februar) in einem

Artikel „Streik und Sozialdemokratie“ u. a.: „Das ist eine Sache, die keiner politischen Partei als solcher etwas angeht, wie sich schon daraus ergibt, daß dieser Streik in allen politischen Parteien und selbst bei der Regierung ein größeres oder geringeres Maß von Sympathie gefunden hat. Gerade der gegenwärtige Bergarbeiterstreik ist ein klassisches Beispiel dafür, daß es die Aussichten eines Streiks schwer gefährden kann, wenn er von vornherein zur sozialdemokratischen Parteifache erklärt worden wäre.“ Wenn es nachher anders lautete in der „L. V.“, so sind nicht zum wenigsten Düwelle und Hähnisch daran schuld, die mit ihrem Jammergeschrei, daß der Streik nicht im sozialdemokratischen Sinne fruktifiziert worden ist, daß die Leitung des alten Verbandes sich vollständig unter ultramontanem Hochdruck befunden und mit ihrem Neutralitätsfanatismus der Parteifache direkt ins Gesicht geschlagen habe, die ganze parteigenössliche Welt erfüllt; ein Tanz, den eine ganze Anzahl von Parteibälkern, vornehmlich aber der „Vorwärts“, allerdings nicht mitmachte. Wir können auf diese „Nachläge“ nicht weiter eingehen, das würde zu weit führen. Es genügt wohl, wenn wir konstatieren, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes, in welcher sich bekanntlich zwei sozialdemokratische Abgeordnete befinden, auch nach dieser Richtung die Konsequenz ziehen will, was aus folgender Versicherung wohl deutlich hervorgeht:

„Das Unglück der Bergarbeiterbewegung ist seit Jahren gewesen, daß Hinz und Kunz, die nicht selbst in der Organisation stehen, regelmäßig sich in die Angelegenheiten derselben einmischen, sei es aus diesem oder jenem Grunde. Andere Gewerkschaften dulden solche unverantwortliche Einmischung schon längst nicht! Unser Freund Bümelburg, Reichstagsabgeordneter für Dortmund und Vorsitzender der großen Maurergewerkschaft, stellte sich der Streikleitung sofort zur Verfügung mit seiner großen gewerkschaftlichen Erfahrung. Aber Bümelburg jagte: Gebt mir Anweisung wie ich mich verhalten soll, denn ich dulde es auch nicht, wenn mir bei einem Streik Leute, die nicht der Organisation angehören, hineinreden wollen!“ So spricht ein alter Streikpraktiker. Bei dem Bergarbeiterstreik aber glaubten allerhand unverantwortliche Ratgeber ein Recht auf Mitbestimmung zu haben. Von vornherein wird die Taktik der Führung offen und geheim betrielt, durch Eigenmächtigkeiten wird die Parole der Beschleunigung drückt und eine Stimmung erzeugt, die schädlich auf die Einheit der Bewegung wirken muß. Der Generalstreik hat der Verbandsleitung auch die Lehre gegeben, daß sie noch schärfer wie früher die Selbständigkeit des Verbandes nach allen Seiten hin zur Geltung bringen muß! Wir werden in Zukunft Eingriffe seitens Nichtverbandsmitgliedern in die Verbandsangelegenheiten zu verhindern wissen.“

Das trifft nicht nur auf den Bergarbeiterverband, sondern auf alle Gewerkschaften zu, und nicht zum wenigsten auf die Buchdrucker, denen es oft nicht ganz wohl ist, wenn sie nicht von Unberufenen über ihre gewerkschaftlichen Aufgaben „belehrt“ werden. Hoffentlich weicht die Leitung des Bergarbeiterverbandes nun auch nicht einen Schritt von diesem einzig richtigen Wege ab. Manchmal sind einem die guten Freunde tatsächlich gefährlicher als die offenen Feinde. Der „Zimmerer“, ein Organ, das wachlich nicht in dem Verdachte der Parteigenossenschaft steht, schrieb in dieser Beziehung kürzlich sehr zutreffend:

„Wollte man alle Schwierigkeiten, die der Ausbreitung der Arbeiterbewegung von den bürgerlichen Gegnern in den Weg gelegt werden, in die eine Waggchale werfen, und in die andre Waggchale alle Hindernisse, die uns in unserm Kampfe aus dem Verhalten der eigenen Genossen erwachen, die letztere Waggchale würde sehr häufig tiefer sinken als die erstere!“ Damit können wir wohl das lehrreiche, aber unerschöpfliche Kapitel über den Generalstreik der Ruhrbergleute schließen. Mögen unsere Leser recht viel daraus lernen! (Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Attenburg. Die am 4. März abgehaltene Bezirksversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes und zum Gausstage Hiesland-Löhningen. Unter erstere lag ein Antrag unsers hiesigen Maschinenmeisterklubs vor, welcher die Kosten des im nächsten Jahre abzuhaltenden Maschinenmeisterkongresses aus der Verbandskasse gedeckt wünscht. Dieser Antrag wurde jedoch hauptsächlich mit der Begründung abgelehnt, daß ja dann auch die anderen Spezialvereinigungen mit derartigen Wünschen hervortreten würden. Dagegen fand ein Antrag Ausnahme, wonach nur ein entsprechender Zuschuß aus der Verbandskasse zu diesem Kongresse gewährt werden soll. Ein weiterer Antrag, welcher die Generalversammlung ersucht, alle Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen sowie alle sonstigen Anträge, welche eine Erhöhung der Beiträge zur Folge haben, abzulehnen, fand nur geringe Unterstützung, indem dagegen geltend gemacht wurde, daß, wenn auch die Witwenunterstützung im Verbandsverbande nicht beschlossen würde, so doch jedenfalls die Anträge auf Erhöhung des Sterbegeldes, wofür man sympathisch gegenüber stand, zur Annahme gelangten, was aber wohl nicht ohne eine kleine Beitragserhöhung möglich sein werde. Ein dritter Antrag beschäftigte sich mit dem § 2 der Ortsunterstützung,

wurde jedoch, nachdem die Meinung zum Ausdruck kam, daß bezüglich dieses Paragraphen wohl auch größere Mitgeschäften resp. Gaus Stellung nehmen werden, vom Antragsteller zurückgezogen. Zum Gantage und zur Generalversammlung unserer Gauwitwenkasse waren Anträge nicht eingegangen.

K. Berlin. Die am 26. Februar abgehaltene Generalversammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker beschäftigte sich zunächst nur mit internen Angelegenheiten. Dann gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über die Vereinstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre. Neuaufnahmen waren 52 zu verzeichnen, wodurch sich die Mitgliederzahl auf 285 erhöhte. Differenzen waren in größerer Zahl zu verzeichnen, doch gelang es, alle zugunsten der Kollegen zu regeln. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 234,50 Mk. an Mitglieder und 8 Mk. an Nichtmitglieder gezahlt. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassensbericht für die Zeit vom 1. August 1904 bis 31. Januar 1905. Danach betrug der Bestand 6390,46 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Durch den Arbeitsnachweis wurden 98 feste Stellen und 74 Aushilfen vermittelt. Dann wurde das Resultat der Vorstandswahl bekannt gegeben; die Zusammenfassung ist mit Ausnahme des zweiten Schriftführers, zu welchem Posten Kollege Schumann, und des Arbeitsnachweisers, zu welchem Kollege Braunschweig gewählt wurde, dieselbe wie im vergangenen Jahre. Zum Schluß sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß die Versammlungen immer so zahlreich besucht werden möchten wie die Generalversammlung.

A. B. Bezirk Bonn. Einen recht stilligen Besuch hatte unsere erste diesjährige Bezirksversammlung, die am 26. Februar in Bonn stattfand, aufzuweisen. Es waren erschienen aus Mhrweiler 7, Belpfort 2, Bonn 48, Euskirchen 9, Honnef 2, Koblenz 12, Pönningswinter 5, Kreuznach 2, Neuwied 10, Siegen 10, Zell 2 und Wobbold, Porz, Siegburg, Waldbrohl und Wissen je 1 Kollege. Das abgelaufene Vereinsjahr läßt, wie der Vorsitzende Balbus in seinem Berichte ausführen konnte, mit einiger Genugtuung auf die im Bezirke erzielten organisatorischen Erfolge (81 Aufnahmen) zurückblicken, wenn auch die Tarif-einführung hiermit nicht gleichen Schritt hielt; denn naturgemäß mißte der Verallgemeinerung des Tarifes stets eine gründliche und intensive Vorarbeit unjenseits vorausgehen. Gerade diese anhaltend fortschreitende Entwicklung unseres Bezirkes ermutigt und berechtigt zu der zuversichtlichen Hoffnung, baldigt die dominierende Stellung im Bezirke einzunehmen, die uns im Interesse der Tarifgemeinschaft gebührt. So ist es uns denn auch, dank der rastlosen Mitarbeit unserer Mitglieder, gelungen, den Tarif in Euskirchen in sämtlichen Druckereien, in Kreuznach in vier und in Koblenz in „Methen- und Moselboten“ (der fünften derselben) einzuführen. (Die in letzterer Druckerei dem Verbands noch fernstehenden Kollegen werden es wohl hoffentlich nunmehr auch als ihre Pflicht betrachten, dem einzigen und wahren Förderer ihrer Interessen, unserm Verbands, ohne Zögern beizutreten. D. Schriftf.) Nach einer ausgenommenen Statistik haben wir im Bezirke 500 Gehilfen, von denen in 33 Druckorten 221 Verbandsmitglieder stehen; 25 Firmen mit 200 Gehilfen sind tariflos. Die Gesamtmitgliedszahl beträgt 116, was gegen die letzten Jahre eine bedeutende Abnahme derselben besagen will. Am Vororte Bonn hielten es die Druckereibesitzer endlich einmal an der Zeit, sich zusammenzuschließen (unter dem defozativen Titel „Platogemeinschaft Bonner Buchdruckereibesitzer“) — allerdings nicht zwecks Einführung des Tarifes, sondern zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber der Stadt Bonn, welche letztere die Errichtung einiger 30 Platakäulen plant. In der (unter Ausschluß der Öffentlichkeit) konstituierten Zusammenkunft soll zwar auch vom „Tarif“ die Rede gewesen sein, doch haben wir vor der Hand allen Anlaß, uns diesbezüglich nicht in Optimismus zu wiegen, vielmehr ja auch zum Vorsitzenden der Gesellschaft — na ja: Herr Hauptmann gewählt wurde! Bezüglich der Anträge zur Dresdener Generalversammlung erklärte sich die Bezirksversammlung nach reger Debatte mit den (an dieser Stelle schon öfter erwähnten) Anträgen des Essener Bezirkes einverstanden; weiterhin bekräftigte die Versammlung einen Antrag, den zu Friedensübungen einberufenen Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, sowie einen Zusatzantrag zur Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige: „Wer nach den ad 1, 2 und 3 zurückgelegten Karenzzeiten noch weitere 1200 Beiträge geleistet hat, erhält täglich 1,50 Mk.“ Zur Frage der Witwen- und Waisenkasse wurde allerseits betont, daß eine Einführung dieses Unterstützungsweises nach dem bis jetzt vorliegenden Materiale jedenfalls nicht durchführbar sei, und es deshalb besser erscheine, eine Erhöhung des Sterbegeldes parallel einer Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. zu bevorzugen. Für die Generalversammlung wurde als Delegierter Kollege Balbus aus diesmal wieder einstimmig nominiert, während zu dem Ostern stattfindenden Gantage die Kollegen Niesel-Mhrweiler, Balbus- und Dmes-Bonn, Dinkelmeier-Koblenz, Gotthardt-Kreuznach, Adolf Schmitt-Neuwied und Meyer-Siegen in Vorladung kamen. Dem Kassierer Dmes konnte ob seiner korrekten Kassensführung einstimmig Entlastung erteilt werden. Nach einem warmen Appell an die Mitglieder, fortzuschreiten auf dem betretenen Wege und auch in diesem Jahre nicht zu erlahmen in der Agitation für unsern Verband, schloß der Vorsitzende die recht sachlich verlaufene Versammlung, worauf man noch gemeinschaft-

lich unter den gediegenen Vorträgen des Kollegen Wike einige gemüthliche Stunden bis zur Abfahrt der auswärtigen Kollegen verbrachte.

Essen. (Am 8. März bei der Redaktion eingegangen.) Die am 5. Februar in Essen abgehaltene Außerordentliche Bezirksversammlung war von 114 Kollegen besucht und zwar waren die verschiedenen Orte wie folgt vertreten: Essen (einschl. Mittenfeld) mit 71, Gelsenkirchen 27, Wattenfeld 5, Steele 1, Werden 1, Schalte 1, Buer 2, Horstermarkt 3, Wanne 1 Kollege. Außerdem waren zwei Gäste anwesend. Zu Kandidaten für die Generalversammlung des Verbandes wurden die Kollegen Graßmann und E. Müller gewählt, während weitere 18 Kollegen zu Delegierten für den zu Ostern hier stattfindenden Gantag bestimmt wurden. Die Versammlung beschäftigte sich darauf ausschließlich mit der Beratung von Anträgen für die Generalversammlung. Nach zum Teile recht ausgedehnter Debatte wurden folgende Anträge angenommen: 1. Der ablehnende Beschluß der letzten Generalversammlung betreffend Niederzuschlagen des Guthabens der Verbandskasse an die liquide Firma Middendorf & Co. in Essen ist rückgängig zu machen, und die Verbandskasse mit dem Verluste im Betrage von 3497,88 Mk. zu belasten. 2. Zu § 11 der Geschäftsliste: Im Sterbefalle wird ein Begräbnisgeld von 75 Mk. bei 100 Wochenbeiträgen, 150 Mk. bei 200 Wochenbeiträgen, 225 Mk. bei 300 Wochenbeiträgen, 300 Mk. bei 400 Wochenbeiträgen und so fort für jede weiteren 100 Wochenbeiträge 75 Mk. mehr gezahlt. Mitglieder, welche weniger als 100 Wochen in Deutschland gearbeitet und Beiträge entrichtet haben, erhalten 50 Mk. Unter 13 Wochenbeiträgen wird kein Begräbnisgeld bezahlt. Zur Durchführung vorstehender Anträge wird der Verbandsbeitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht. 3. Der (Reisezwang) Zwang zur Reise ist aufzuheben. Halten sich die zur Reiseunterstützung bezugsberechtigten Mitglieder am Orte auf, so ist an dieselben Reiseunterstützung zu zahlen. 4. Unter b Ortsunterstützung ist im Abz. 2, Zeile 6, hinter 140 Tage noch eine Stufe folgenden Wortlautes einzufügen: bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage). 5. Unter c Umzugskosten erhält Abz. 4 folgende Fassung: An Unterhaltungen werden gewährt bei Umzügen von einem Orte zum andern und einer Entfernung von 10 bis 20 Kilometern der Mindestsatz von 20 Mk., für jeden weiteren Kilometer usw. (wie bisher). 6. Unter c Umzugskosten ist im Abz. 5, Zeile 1, das Wort „freiwillig“ zu streichen. 7. Bei einem Vorgehen in nichttarifreuen Druckereien zwecks Anerkennung des Tarifes oder Hintanhaltung von Verschlechterungen sind die Gauvorstände befugt, nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse selbständig die Entscheidung zu treffen. Von den getroffenen Maßnahmen ist der Verbandsvorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen. 8. Im § 24 des Statuts sind die Zahlen derart zu ändern, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter zu wählen ist. Weniger als 250 überzählige Mitglieder werden nicht gezählt. 9. Die Generalversammlung wolle Stellung nehmen zur nächstjährigen Tarifrevision, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge fassen. Ein Antrag Krautz, die übrigen Punkte von der heutigen Tagesordnung abzusehen und deren Beratung in der nächsten Ordentlichen Bezirksversammlung vorzunehmen, wurde angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf unsern Schutz und Ehren, den Verband, geschlossen.

Wl. Bezirk Gotha. Die erste diesjährige Bezirksversammlung wurde am 26. Februar in Gotha im Saale des „Thüringer Hofes“ abgehalten. Bei Anwesenheit von 125 Mitgliedern, und zwar aus Gotha 56, Eisenach 12, Friedrichroda 4, Langensalza 23, Mühlhausen 21, Ohrdruf 2, Salzungen 6 und Wadla 1, sowie des Gauvorstehers Palm-Weimar, wurde dieselbe mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Aufgaben eröffnet und durch einen ergot vorgetragenen Chor des neugegründeten Gesangsvereins „Typographia“ Gotha eingeleitet. Aus dem Jahresberichte und den Ergebnissen einer Bezirksstatistik ist zu entnehmen, daß der Bezirk 222 Mitglieder (gegen 205 im Vorjahre) zählt, und zwar in Gotha 86, Eisenach 18, Langensalza 44, Mühlhausen 46, Ohrdruf 3, Ruhla 5, Salzungen 7, Schmalkalden 4, Teinhardt, Wadla und Waltershausen je 1, während leider in den Druckorten Verka a. W., Dingelstädt, Gerstungen, Georgenthal, Heiligenstadt und Steinbach-Hallenberg kein Mitglied steht; Nichtmitglieder 132, Gesamtsatz der Gehilfen also 348. Sind die tariflichen Verhältnisse im ganzen gute zu nennen, so fehlt es leider nicht an Ausnahmen. Vor allem ist hier Heiligenstadt zu nennen, wo mit 29 Pf. pro Tausend berechnet wird, und bei 32 Gehilfen etwa 20 Lehrlinge ausgebildet werden. Die Bezirkskasse weist einen Bestand von 373,79 Mk. auf. Den breitesten Raum der Versammlung nahmen naturgemäß die Anträge zum Gantage und zur Generalversammlung ein. Zum Gantage wurde einem Antrage Gotha zugestimmt, nach dem bei der Wahl des Gauvorstehers bei nur einem Vorschlage der Gantag selbst die Wahl vorzunehmen hat. Zur Generalversammlung standen zwei Anträge Gotha bzw. Eisenach zur Beratung: 1. „Die Generalversammlung möge dahin wirken, daß durch Gau- und Ortszweigsätze so verschiedenartig gestaltete Unterstützungsweisen in einheitlichere Bahnen zu lenken.“ 2. „Zur Invalidenunterstützung berechnete Mitglieder, welche nach dem 50. Lebensjahre oder nach einem dementsprechend vorgeschrittenen Alter konditionlos werden und eine anderweitige Kondition wegen mangelnder Leistungsfähigkeit oder dergleichen nicht erhalten, können auf eignen Antrag in den Bezug der

Invalidenunterstützung treten.“ Auch diesen Anträgen wurde nach eingehender Debatte zugestimmt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Langensalza statt. Nach der Aufstellung von Kandidaten zum Gantage fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung, worauf der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung schloß.

Hamburg-Altona. (Maschinenmeisterverein.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der Generalversammlung am 19. Februar gedachte die Versammlung des kürzlich verstorbenen Kollegen Ben in ehrender Weise. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Die Mitgliederzahl stieg von 184 im Jahre 1903 auf 197 im Jahre 1904. An Kranken- und Konditionslosenunterstützung wurden im Berichtsjahre 211,75 Mk. mehr ausgezahlt als im vorigen Jahre. Der Mitgliederzuwachs der Proving ist ein sehr geringer zu nennen und hat die schriftliche Agitation das erhoffte Resultat leider nicht gezeitigt. Dem Vorschlage der Zentralkommission, das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahre zu schließen, wurde zugestimmt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. Ein Antrag aus der Versammlung, eine Sparkasse mit einem wöchentlichen Beitrage von 10 bis 20 Pf. einzurichten, um auch den weniger bemittelten Kollegen den Besuch zum Maschinenmeisterkongreß 1906 zu ermöglichen, wurde zur weitern Prüfung dem Vorstande überwiegen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Appelle an die Mitglieder, doch recht regen Anteil an den Vereinsgeschäften zu nehmen, und mit einem Hinweise auf die Generalversammlung des Verbandes und den Maschinenmeisterkongreß die von 70 hiesigen und einem auswärtigen Kollegen besuchte Versammlung.

Koburg. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 19. Februar in Hilburgshausen statt. Zu derselben war auf Einladung auch der Gauvorsteher Palm erschienen. Nach Begrüßung der anwesenden Mitglieder und des Kollegen Palm seitens des Vorsitzenden wurde in die Tagesordnung eingetreten. Aus dem Berichte der Vertrauensleute der Mitgliedschaften ist hervorzuheben, daß in Koburg selbst bereits der zweite eiserne Kollege aufgestellt ist, und zwar im „Tageblatt“; ferner steht in Meinungen bei Marbach die Aufstellung einer Maschine bevor. Sonst hat sich der Stand des Bezirkes in tariflicher Beziehung nur wenig gebessert. Nach Bekanntgabe der Kassensberichte der dritten und vierten Quartale 1904 seitens des Bezirkskassierers erhielt Kollege Palm das Wort zu einem kurzen Referate. Aus demselben ist zu entnehmen, daß sich im Gau Osterland-Thüringen die Verhältnisse in bezug auf Mitglieder und Tarif wesentlich gebessert haben; im weitern Verlaufe des Referates streifte Kollege Palm den bevorstehenden Gantag und die diesjährige Generalversammlung und gab somit einen kleinen Einblick in die Fragen, mit denen sich beide Tagungen zu beschäftigen haben werden. Als Kandidaten für den Gantag wurden vor allem die Ortsvorstände der drei größten Mitgliedschaften des Bezirkes, der Bezirkskassierer und noch drei andere Kollegen nominiert. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Schenkingen bestimmt, zugleich mit Agitation verbunden. Auch die sonst übliche Fahrgehaltsabgabe von 50 Prozent aus der Bezirkskasse wurde genehmigt. Als Unterstützung für die streitenden Ruhrbergleute wurden 40 Mk. aus der Verbandskasse bewilligt; welche Summe noch durch eine freiwillige Spende eines Hilburgshäuser Kollegen um 1,50 Mk. erhöht wurde. Nachdem noch verschiedene Mißstände in einzelnen Druckereien des Bezirkes beleuchtet und für deren Abstellung seitens mehrerer Redner eingetreten, auch die Lehrlingsfrage und deren Bekämpfung durch Wort und Schrift den Mitgliedern ans Herz gelegt, wurde die sehr debattierreich verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

(!) **Ans dem Gau Mittelrhein.** Schon verschiedene Bezirke haben zu dem Ostern in Heidelberg abzuhaltenden Gantage Stellung genommen, ihre Wünsche in Form von Anträgen gekleidet und wohl auch den zuständigen Stellen übermittelt. Alte Bekannte von früheren Gantagen sind wieder an das Licht der Öffentlichkeit gezogen worden und neues ist dazu gekommen. Es ist kein schlechtes Zeugnis für den Geist, der unter unseren Mitgliedern herrscht, wenn man sieht, wie dieselben allerorten bemüht sind, Anträge zu stellen, die zweifelsohne das Beste wollen, manchmal aber sehr daneben treffen. Die Anträge an die Generalversammlung des Verbandes betreffs Entschädigung der zu Militärübungen eingezogenen Mitglieder dürften wohl der Ablehnung verfallen. In unserm Gau wird wahrscheinlich das Gegenteil geschehen. Ob es nicht angebracht wäre, diese Anträge zu unseren nächstjährigen Tarifberatungen zu stellen und die Ausgestaltung des Tarifes unter Berücksichtigung des § 616 des B. G.-B. zu erstreben, ist eine andere Frage, die wir indessen heute hier nicht erörtern wollen. Unsere Mittelscheiner möchten wir vielmehr an etwas erinnern, das jedenfalls wert ist, auf dem Gantage sowohl als vorher in Mitgliedertreffen eingehend erörtert und diskutiert zu werden. Es betrifft die Anstellung eines Gauverwalters. Kein Bezirks- oder Ortsverein hat meines Wissens diese Frage bis jetzt aufgegriffen, sollte sie doch da oder dort zur Sprache gebracht worden sein, so wurde vermieden der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben. Man mag die Anstellung für notwendig halten oder nicht, wünschenswert und im Interesse des Gaus ist eine Besprechung unter allen Um-

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 30. — Dienstag den 14. März 1905.

Vortsetzung aus dem Hauptblatte.

ständen. Aber nicht nur der Gantag sollte dies, auch die Mitglieder in ihren Versammlungen haben jedenfalls alle Ursache, dieses Thema in ausgiebigster Weise zu erörtern. Bis jetzt wurden die Geschäfte im Gau ehrenamtlich besorgt. Ich glaube wohl sagen zu können, daß von den jetzt und auch früher an der Spitze des Gau'es Stehenden alles getan wurde, was zu tun war. Wird das auch in Zukunft so möglich sein? Unsere Mitgliederzahl wird mit Jahresfluß wohl nahe an 2000 stehen, wenn nicht gar übersteigen. Die Zahl der Druckorte, in denen Mitglieder arbeiten, dürfte sich ebenfalls vermehrt haben. Die Ein- und Ausgänge an Schriftstücken usw. werden einen Umfang angenommen haben, der bei Bekanntgabe staunen machen wird. Kann diese Arbeit, oder besser gesagt: daß diese Arbeit noch im Nebenamt, oder wie es so schön heißt, im „Ehrenamt“ geleistet werden? Besser kommt noch hinzu, daß wir im nächsten Jahre die Tarifrevision haben. Tauschen wir uns nicht, daß dieselbe und die folgende Tarifein- und -durchführung keine leichte sein wird. Die Gewerkschaftskonferenz hat uns gezeigt, daß wahrscheinlich nicht nur mit unseren Kontrahenten, der Bringspaltität, sondern auch unter unseren eigenen Kollegen divergierende Ansichten sein werden. Doch den besten Verlauf der Tarifberatungen angenommen, wird es dem in Zukunft nur ehrenamtlichen Gauvorstande möglich sein, an allen Orten so tätig zu sein, wie es das Interesse erfordert? Die mündliche Agitation durch den Gauvorstand wird bis jetzt fast nur am Samstag und Sonntag betrieben. Wird dies auch in bewegteren Zeiten, namentlich bei Ein- und Durchführung von neuen tariflichen Bestimmungen genügen? Werden die in Amt und Würden zu berufenen Kollegen sich verpflichten können, wenn nötig zu jeder Zeit, und falls sie gerufen werden, persönlich in den einzelnen Orten zu erscheinen und einzugreifen? Oder sind unsere Bezirke bereits derart erstarrt und nach innen gefestigt, daß sie der Unterstützung aller Voraussicht nach nicht bedürfen? Alle diese Fragen müssen mit in das Bereich der Diskussion gezogen werden. Kein Gau in der Ausdehnung und Mitgliederzahl wie unser läßt seine Geschäfte noch ehrenamtlich erledigen. Immer und immer wieder wird von den Kollegen auf die möglichste Vereinfachung von Ueberstunden hingearbeitet und nur den Kollegen, die unser ganz besonderes Vertrauen genießen, bündelt man unzählige auf, und dabei ist von einer auch nur annäherungsweise Bezahlung keine Rede. Haben wir aber Geld für Erneuerung oder Neueinführung von Unterstützungszeilen, dann darf auch eine derartige Ausgabe nicht gecheut werden.

Offener Brief an die Redaktion des „Corr.“

Der unterzeichnete Vorstand sieht sich veranlaßt, gegen das überaus rigorose Vorgehen des Redaktionsstiftes ganz energisch zu protestieren. Wir sind gewiß die letzten, die das Recht der Redaktion, Änderungen und Streichungen vorzunehmen, beschneiden wollen — was wir auch durch die Bitte, den Artikel (wenn möglich) unverkürzt zu bringen, dokumentierten — aber was zu viel ist, das ist zu viel. In dem letzten Bezirksversammlungsberichte ist das, was von der Debatte über den Bergarbeiterstreik und dem eigentümlichen Verhalten des Zentralvorstandes demselben gegenüber handelt, gänzlich gestrichen worden, trotzdem die Versammlung den Schriftführer extra aufforderte, über diese Debatte im „Corr.“ zu berichten. Von der Streichung eines angenommenen Antrages zum Gantage ganz abgesehen, ist dieses Verhalten der Redaktion nur dazu angeht, den Kreis ihrer „Freunde“ zu vergrößern und die Aemtercheu der Kollegen, besonders die der Schriftführer, zu stärken. Warum wird denn eigentlich **beständig** bestet, Beschwerden, die gegen die oberste Leitung gerichtet sind, zu streichen und dadurch der Kenntnisnahme der gesamten Verbandskollegenchaft zu entziehen? Wenn man keinen stärkeren Ausdruck gebrauchen will. Sind wir Provinzler auch nicht aus dem „jetzt höherstehenden“ Berlin, so halten wir uns doch als Verbandsmitglieder für gleichberechtigt, an Beresungen und Unterlassungen des Zentralvorstandes berechtigte Kritik zu üben und von unserem Verbandsorgane zu verlangen, diese Kritik zu veröffentlichen! Wofür ist denn das Blatt da? Wir meinen, Beschlüsse usw. eines größeren Bezirks sind doch kein Pappentitel, den man nichtachtend in die Ecke wirft. Die stets heruntergeleitete Jammerarie vom Raumangel des „Corr.“ scheint auch nicht so berechtigt zu sein, denn für „Redaktionschwänzen“ sind oftmals ganze Spalten da. Hoffentlich spricht die Generalversammlung in dieser Sache ein energisches Wort.

Im Namen des Vorstandes des Bezirks Duisburg:

Bernhard Fisch, B. Albrinck,
Schriftführer. Vorsteher.

(Wir erwarten, daß der Duisburger Bezirksvorstand unter Vorlegung des betreffenden Berichtes bei der Generalversammlung Beschwerde führt, damit das „Blüten“ der Redaktion, „wenn möglich“, nachgewiesen werden kann. Red.)

Rundschau.

Ferien hat die Universitätsbuchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke) in Berlin nach folgendem Modus bewilligt: Bei einer Geschäftstätigkeit von zwei bis drei Jahren drei Tage, vier Jahren vier Tage, fünf Jahren fünf Tage, sechs Jahren usw. sechs Tage als Maximum. Faktoren und Obermaschinenmeister erhalten vierzehn und zehn Tage. An den Ferien partizipieren auch die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Der in Nr. 27 aus Oldenburg nach dem „Norddeutschen Volksblatte“ berichtete Fall über die Beschäftigung eines Soldaten bei der Firma Gerhard Stalling erzählt nun seine Aufklärung. Ein Obermaschinenmeister, welcher seit 5 1/2 Jahren bei Stalling beschäftigt, erkrankte acht Tage vor seinem Austritte, sein Nachfolger war erst zu neun Tagen später verpflichtet. Für diese wenigen Tage mußte nun eine Ausschiffe beschafft werden, am Orte war aber kein konditionsloser Maschinenmeister vorhanden und von auswärts hätte sich für diese wenigen Tage eine Ersatzkraft zweifellos nicht gefunden. Die Firma nahm daher das freiwillige Anerbieten eines früher bei ihr beschäftigten, jetzt in Oldenburg beim Militär dienenden Maschinenmeisters, der nach seiner Militärfreiheit wieder bei Stalling eintreten soll, an und beschäftigte denselben mit Genehmigung seiner Vorgesetzten. Die Bezahlung usw. war durchaus tarifmäßig. Da der neuengagierte Obermaschinenmeister inzwischen doch einen früheren Eintritt möglich machen konnte, so hatte die Tätigkeit des Ersatzdruckers nach 20 Stunden ihr Ende erreicht. Dies der tatsächliche Hergang.

Einen recht annehmbaren Mindestlohn gibt der Vorstand des Bürgervereins in Wittenberge in einem Eingekandt „Die Berufswahl der Söhne“ für unsere Egerkollegen an. In diesem Artikel wird nämlich vor der Erregung des Kaufmannsberufes gewarnt und auf die bessere Bezahlung einer Anzahl von Handwerkerberufen verwiesen, für die Schriftsetzer werden dabei 1460 Mk. als Jahresmindestverdienst angegeben. Der Bürgervereinsvorstand beruft sich damit auf eine Zusammenstellung des statistischen Amtes, welches wird aber nicht gesagt, und das ist schade. Nach keiner Statistik kann nämlich auf einen derartigen Mindestverdienst geschlossen werden. Das Berliner städtische statistische Amt hat unlängst eine Veröffentlichung über Berliner Arbeiterbudgets gebracht auf Grund der Mitteilungen von 908 Haushaltungen. Danach hätte sich für die befragten Buchdrucker — deren Zahl nicht angegeben ist — ein Mindesteinkommen von 1500 Mk. feststellen lassen, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, wie besonders bemerkt wird, daß nur Buchdrucker mit höheren Einkommen in diese Statistik einbezogen sind. Wenn also in der Reichshauptstadt mit 25 Proz. Sozialzuschlag sich bestenfalls ein Mindesteinkommen von 1500 Mk. ergibt, so ist der durchschnittliche Minimallohn für Schriftsetzer im Deutschen Reich ein bedeutend niedrigerer als 1460 Mk.

In den Dienst der Mode haben die auf diesem Gebiete sehr beschlagene Franzosen jetzt auch die Galvanoplastik gestellt. Die Ueberziehung von Spitzen mit einem ganz dünnen galvanischen Niederschlag läßt dieselben vollständig geschmeidig. Eine Altiengefelligkeit mit großem Kapitale hat die Ausbeute dieser Erfindung sich angeeignet.

„Unstiftliche Schriften und die Zeitungen der sozialdemokratischen Partei“ sind vom Verlaufe auf den preussischen Bahnhöfen ausgeschlossen, erklärte Minister Budde im preussischen Abgeordnetenhaus: Das ist wieder furchtbar fortschrittlich. Warum die sozialdemokratischen Zeitungen nicht gleich auch aus den Bahnhöfen, die doch auch „Räume mit dem königlichen Wappen“ sind, verbannt? Das wäre doch ein radikaler Fortschritt.

Von der Jubiläumsausgabe von Schillers Gedichten und Dramen in einem Bande zum Preise von nur einer Mark ist auch schon die zweite, Ende Juni herauskommende Auflage von 75000 Exemplaren vollständig belegt, so daß der Schwäbische Schillerverein eine dritte und letzte Auflage von vorläufig 25000 Exemplaren ankündigt, die zu Weihnacht erscheinen soll. Diese Jubiläumsausgabe soll die beste aller zur Säkularserfeier erschienenen Sammlungen von Schillers Werken sein.

Die amerikanische Bücherproduktion des Jahres 1904 beläuft sich auf 8291 Werke, das sind 426 Stück mehr als 1903. Frankreich, welches fast nur die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten aufweist, kann trotzdem 12139 neue Bücher im vergangenen Jahre verzeichnen.

Wegen Beleidigung des Königs von Sachsen, begangen durch einen der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnommenen Artikel über die Weihnachtsreise der früheren sächsischen Kronprinzessin von Florenz nach Dresden, wurde Redakteur Schubert vom „Sächsischen Volksblatte“ in Juidau zu der auffallend hohen Strafe von acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Das japanische sozialdemokratische Organ „Heimin Schinbun“ ist infolge der behördlichen Schikanen eingegangen. Die japanische Regierung hat damit zuffische Maximen nachgeahmt, gewiß kein Ruhmesblatt.

Falsche Auskunft über Angestellte, sofern sie wesentlich gegeben wird, verpflichtet den Ersteller solcher Auskunft zu Schadenersatz. Es liegen darüber ein Urteil des Königl. Oberlandesgerichts und eins vom Reichsgericht vor.

Der militärische Saalboykott in Sachsen soll abermals eine Einschränkung erfahren, zunächst wenigstens für das Reich des 12. Armeekorps (Dresden). Dieses Generalkommando hat nämlich angeordnet, daß ein tagesweises Militärverbot, wie es seit Aufhebung des dauernden Saalboykotts eingeführt, nicht mehr verhängt werden soll, wenn die Saalbesitzer sich verpflichten, in ihren Lokalen mindestens eine Stunde vor Beginn einer sozialdemokratischen Versammlung (als welche behördlich meistens auch gewerkschaftliche angesehen werden) an dem Saal- eingange und an den Eingängen zu den Nebenräumen ein nach bestimmter Vorschrift anzufertigendes Plakat mit der Aufschrift: „Versammlung! Heute für Militär verboten!“ auszuhängen und bis zum Schluß des Lokales an dem betreffenden Tage hängen zu lassen. Militärpersonen, welche trotzdem das Lokal betreten, müssen auf diese Warnung aufmerksam gemacht werden. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, erhält das dauernde Militärverbot. Die Saalhaber betrachten das als ein weiteres Entgegenkommen der Militärbehörden, in der Hauptsache ist es aber nur eine Vereinfachung für dieselben in der Handhabung der jetzt gültigen erleichterten Vorschriften. Inmehrin könnte man in Preußen von diesem fortschrittlichen Beispiel des sonst so reaktionären Sachsen viel lernen.

Wegen Verleitung zum Meineide wurde der Maurer Benedikt in Rattowitz zu einem Jahre Zuchthaus und zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Beurteiler hatte in Myslowitz Streikposten gestanden. Einen angeworbenen Trupp von Mauern, welche aus Galizien kamen, vermochte er zur Umkehr zu bewegen. Der begleitende Agent erstattete Anzeige und B. erhielt einen Monat Gefängnis, jedenfalls hatte der § 153 der Gewerbeordnung herhalten müssen. Nun hatte der Mann die Torheit begangen, vor diesem Prozesse mit einigen durch ihn zur Umkehr veranlaßten Personen Rücksprache zu nehmen; darin wurde die Verleitung zum Meineide erblickt. Der bekannte politische Polizeikommissar Wädler vermochte mit Mühe nur zwei Zeugen aufzutreiben, die noch dazu sehr zurückhaltend waren, aber der arme Streikposten verfiel dem Zuchthause. Wenn Schuld und Sühne nur immer so genau abgewogen würde!

Sanitas, eingeschriebene Hülfskasse zu Rostock, ist nunmehr auch in die schon recht umfangreiche Liste der vertrachten Krankentassen aufgenommen worden.

Der Handel mit Menschen wird von einem Stellenvermittler Max Majera in Posen in der abslopendsten Weise und in voller Öffentlichkeit betrieben. Eine Posener Zeitung brachte von diesem Manne kürzlich zwei Anzeigen. In der einen kündigt er an, daß er fünfzehn Galizier, gute und kräftige Leute, abzugeben habe. In der zweiten empfiehlt dieser Stellenvermittler zu denkbar foulantesten Bedingungen Russen und Galizier. Wir meinen, daß ist keine Stellenvermittlung mehr, sondern direkter Sklavenhandel. Wundern muß man sich auch, daß Zeitungen solche anstößige Inserate aufnehmen.

24114 Auswanderer sind im vergangenen Jahre über deutsche Häfen befördert worden, und zwar 219096 Fremde und 2018 Deutsche. Wegen das Jahr 1903 hat sowohl die deutsche wie die fremde Auswanderung, soweit sie über deutsche Häfen erfolgte, abgenommen, nämlich um 5596 bzw. 49131, insgesamt also um 54727 Personen. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer betrug also im Jahre 1904: 27984 (1903: 36310, 1902: 32098). An dieser Gesamtzahl sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Posen mit 3033 deutschen Auswanderern, Hannover und Bayern rechts des Rheines mit je über 2000, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Rheinland, Sachsen, Württemberg mit je über 1000. Ihrem Berufe nach treffen von den deutschen Auswanderern 10603 auf die Landwirtschaft (1903: 13544), 8210 auf die Industrie (1903: 11841), 4044 auf das Handels- und Bergwerksberufe (4042). Von den fremden Auswanderern stellte das Hauptkontingent Rußland mit 105554 Auswanderern, Österreich 57354, Ungarn 50695. Als Reiseziel wählten wie in früheren Jahren sowohl die deutschen als auch die fremden Auswanderer in überwiegender Zahl die Vereinigten Staaten von Amerika. Es gingen dorthin von den 27984 deutschen Auswanderern nicht weniger als 26085, von den 219096 fremden 185454.

In Magdeburg streift die Mehrzahl der Fensterputzer. Die Unternehmer haben auf die eingereichten Forderungen nicht einmal geantwortet. — Die Teppichknüpferinnen in Springe befinden sich in Aus-

lande. — Im Solinger Bezirke ist ein Streik der Schläger ausgebrochen. — In Berlin ist aus der Lohnbewegung der Salouficarbeiter ein Ausstand geworden.

Wegen Verlängerung der Arbeitszeit sind die Arbeiter beim Bau der Sumpfbahn in den Streik getreten. — Wegen Nichtannahme der Unternehmerverträge sollen die norwegischen Forner ausgepörrt werden, 4000 Eisen- und Metallarbeiter können in Mittelschiffahrt gezogen werden. — Der Streik der New Yorker Eisenbahner (Stadtbahnen) ist verloren, die Verbandsleitung hat denselben als eigenmächtig unternommen bezeichnet.

Briefkasten.

K. Schm. in Leipzig: Nach dem Sechsmaschinentarife vom 1. Januar 1900 betrug der Verkaufspreis bei fließendem lesbarem Manuskript an der Linotype 11 Pf., am Typograph 14 Pf., an der Monoline 12 Pf. — R. R. in Mainz: Abgelehnt, weil wir in letzter Linie den Verband damit schädigen würden. — H. G. in Altona: Ist auf jeden Fall eine Fälschung, da bist du ohne weiteres zulässig zu entscheiden ist. Sie haben den Fehler begangen und nicht gefragt, ob Sie dies als Kündigung betrachten sollen. Doch dürfte nach dem geschichtlichen Vorgange Ihnen der Prinzipal nichts in den Weg legen, wenn Sie gehen wollen. — Edl. M. B.: 2,65 Mk. — F. R. Rees: Bedenken Sie sich an die Buchhandlung Richard Härtel, Leipzig-R., Kohlgrabenstraße 48.

Diejenigen Kollegengefangene, welche einem Arbeiterverband angegeschlossen sind, werden um diesbezügliche Mitteilung an die Redaktion des „Corr.“ gebeten.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für: Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29; Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1. Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro; Elsaas-Lothringen: A. Schmolz, Strassburg, Lange-strasse 146.

- Oesterreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.
- Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-ter 3. Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“.
- Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58.
- Fiume: Fabbioni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20.
- Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.
- Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.
- Rumänien: G. Joneacu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Munciei).
- Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
- Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
- Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philipp-strasse.
- Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.
- Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22A.
- Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8. Berlin.

Oberrhein. Um schnelligste Zusendung der noch ausstehenden Statistikformulare wird ersucht.

Bezirk Osnabrück. Der Vorstand (gleichzeitig für den Ort) für 1905 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Heinrich Sendorf, Suttthauerstraße 99, Vorsitzender; H. Briß, Bohnterstraße 19, Kassierer; H. Rosemann, Schriftführer; F. Krumme und G. Ludwig, Revisoren.

Friedberg-Bad-Naheim. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr wie folgt zusammen: Wilhelm Schmidt, Friedberg, Kaiserstraße 19, III, Vorsitzender; Johannes Müller, Bad-Naheim, Kassierer; Robert Wichmann, Schriftführer; Leonhard Brack, Revisor.

Glückstadt. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: H. Christensen, Gr. Namenloferstraße, Vorsitzender; F. Kahle, Kl. Schindlöhgen 4, Kassierer; F. Prösch, Schriftführer; K. Rosahl, Revisor.

Reine. Der Vorstand des neugegründeten Ortsvereins setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: F. Brühlmann, Mont-Genisstraße 35, Vorsitzender; M. Klauß, Neustraße 89, Kassierer; Fr. Gatzmann, Schriftführer; Karl Beuke, Revisor.

Kassel. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Konrad Engelsbach, Raistenalstraße 12, II, erster Vorsitzender; Sean Schaaf, Bettenhäuserstraße 14, II, Kassierer; Fr. Hundt,

zweiter Vorsitzender; Alb. Nowak, erster Schriftführer; P. Kehler, zweiter Schriftführer; Jul. Nidel, Artillerie-straße 19, Reichsaffensverwalter und Arbeitsnachweisver-walter (Sprechzeit: abends 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr auf dem Verleihe, Graben 60, bei Karl Damm); F. Stäbel, Revisor und Bibliothekar.

München. (Maschinenmeisterverein.) Der neue-wählte Ausschuss besteht aus folgenden Kollegen: Viktor Ernst, Frühlingstraße 6, III, erster Vorsitzender; Josef Lindert, zweiter Vorsitzender; Franz Reichherzer, Reichenbachstr. 13, I, Kassierer; Josef Fellner, erster Schriftführer; Max Baim, zweiter Schriftführer; Wlth. Ringinger und G. Grojschupp, Revisor; A. Negele und D. Heinicke, Revisoren.

Schwabach. Der Sezer Martin Bauer, geb. in Niederpeß 1877 (Sptb.-Nr. 43314), wird hiermit aufge-fordert, seinen Verpflichtungen gegen den Verband nach-zukommen und auch sein Buch umgehend an den Kassierer Joh. Gerold, Glockengasse 9, einzuliefern, widrigen-falls Ausschluss beantragt wird.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Barmen die Sezer 1. Walter Hecker, geb. in Barmen 1886, ausgl. daf. 1904; 2. Emil Mühlberg, geb. in Elberfeld 1885, ausgl. daf. 1903; waren noch nicht Mitglieder; 3. Hermann Wilde, geb. in Langerfeld 1871, ausgl. in Barmen 1890; war schon Mitglied. — Karl Klunk, Rößigerstraße 7.

In St. Johann (Saar) der Sezer Mathias Gehring, geb. in St. Ingbert 1887, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitgl. — E. Mabenach, Saarbrücken, Wärtnerstr. 23.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadresse: s. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Bekanntmachung.

Bei dem herannahenden Ostertermin bringen wir die genaue Beachtung des § 40 des Tarifes in empfehlende Erinnerung. Die Kreisvertreter sind verpflichtet, Beschwerden über etwaige Ueberschreitungen der Lehrlingskala entgegenzunehmen und für Innehaltung der bezüglichen Vorschriften einzutreten.

Für die Bemessung der zulässigen Lehrlingszahl ist die Durchschnittsziffer der im Jahre 1904 beschäftigten Gehilfen maßgebend.

Ueberschreitungen der Lehrlingskala sind als Tarifverletzung zu betrachten und haben den Ausschluss aus der Tarifgemeinschaft zur Folge.

Wegen die der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Lehrlingszähler geht das Tarifamt in verschärfster Weise bei den Verwaltungsbehörden vor.

Berlin, im März 1905.

L. Baly, L. H. Giesecke, stellvert. Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Druckerei.

Tüchtigen Fachmann oder beachtenswürdigem Kaufmann ist Gelegenheit ge-zogen, sich an einer gut eingerichteten **Buch-, Stein- und Klebdruckerei** an größerer Industriestadt Deutschlands zu beteiligen oder dieselbe zu erwerben. Werte Off. unter O. 4045 an **Kudolf Hoffe**, Frankfurt a. M. erb.

Patentverkauf oder Lizenzerteilung!

Die Inhaberin des D. R.-P. Nr. 116 425, welches eine „Papierführungsrichtung für Zylinder-schneidpressen zur Herstellung von Schön- und Widerdruck in verschiedenen Farben“ betrifft, wünscht ihre Patentrechte an inländische Fabri-fanten abzutreten. Ew. liebsten Lizenz zur Herstellung zu erteilen, und bitten gefällige Angebote an das Patentbureau Robert R. Schmidt, Inhaber Patentanwalt Paul Müller, Berlin SW 11, Königgräberstraße 70, gelangen zu lassen. [763]

Eilt!

Zum Verkauf von **Zigarren** an Wirte usw. wird ein tüchtig Agent gesucht, gleich wo wohnt. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg.

Hoher und leichter Nebenverdienst.

Suche überall Leute, w. d. Betrieb **hoheleg. Fleisheiten** überneh. Hohe Verg., ohne Risiko u. Konf. R. Sonntag, Zwlokau, Sa., Konst. 17. [469]

Dauernder Nebenverdienst

durch Sammeln von Verlobungsanzeigen. Vertrauensmann gesucht in jeder Offizin. Zuschriften erbeten unter B. M. 6227 an Daube & Co., G. m. b. H., Berlin W. 8.

Für Schriftseher.

Eine angelegene Feuerversicherungs-Gesell-schaft sucht in allen Städten Deutschlands unter sehr günstigen Bedingungen **tätige Agenten.**

Werte E. Herter unter A. E. 3512 an **Kudolf Hoffe**, Erfurt, erbeten. [691]

Hamburg. Teilhaber

Für eine seit 1884 nach-wieslich mit gut. Erfolge betriebene Buchdruckerei wird ein tüchtiger Teilhaber mit 4-5000 Mk. Einlage gesucht. Werte Off. erb. unter R. K. 769 an die Geschäftsst. d. Wf.

Maschinenmeister

gesucht, welcher mit der Herstellung von Präge- und Stanzarbeiten auf der Victoriatiegedrucktresse vertraut ist. Kenntnis der französischen Sprache erforderlich. Werte Off. sind erbeten unter Nr. 761 an die Geschäfts-stelle d. Wf.

Tüchtiger Zurichter

findet sofort dauernde Beschäftigung. Schriftsehererei Emil Guesch, Berlin SW, Gneisenaustraße 27. [758]

Tüchtigen Stereotypen

perfekt im Korrigieren u. Material suchen sof. [757] **Sasse & Pfefferkorn**, Leipzig.

Stempelschneider

firm im Zeug- oder Stahlschnitte, finden dauernde und lohnende Stellung in der Schriftsehererei Emil Guesch, Berlin SW, Gneisenaustraße 27. [709]

Stelle befest!

Werberben besten Dank. **Lampel**, Ditzsch. [728]

Ueber Sechsmaschinen.

Hch. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mk.

Schlesischer Maschinensetzerverein (Sitz Breslau).

Sonntag den 19. März, vormittags 10 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

im Vereinslokale „Krollsches Bad“ (Werderstraße).

Abends 5 Uhr in der Horloge: Feier des vierten Stiftungsfestes.

Die Kollegen vom Kasten sind hiermit freundlichst eingeladen. Der Vorstand. [760]

Gutenbergbuch.

Besgabe für das deutsche Volk zur 500jährigen Geburtsstagsfeier des Gründers der Buchdruckerkunst am 24. Juni 1900. Mit 24 Abbildungen in Autotypie. Preis 1 Mk.

Graphische Verlags-Anstalt

Halle a. d. Saale. [783]

Gottlieb Fauser

im Alter von 51 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Tübingen. [754]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 48

Liefert Werke aller Art zu Ladenpreis franco. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Unentbehrlich! Unentbehrlich! Anhang zum Tarife

von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8 Preis pro Exemplar 10 Pf.

Wen den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto volle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 20 St. 10 Pf. beilegen.

Interessanten Bedingungen: Biergepaltene 25 Pf., Stellenangebote, Gesuche u. Vereinsanzeigen bei direkter Zusendung die Zeile 10 Pf. — Belegnummer 2 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Abgabe der Anzeigen entrichtet werden. — Eserien ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.